



HESSISCHER LANDTAG

26. 06. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend erster Landessozialbericht beweist: "Wohlstand für alle"
muss Ziel der hessischen Politik werden**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass mit dem am 14.05.2012 vorgelegten Landessozialbericht jetzt auch Hessen als letztes Bundesland über einen solchen Bericht verfügt.
2. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung gegen den ausdrücklichen Wunsch des Beirats kein Kapitel zur Untersuchung des Reichtums in Hessen aufgenommen hat. Der Landtag nimmt ebenfalls mit Bedauern zur Kenntnis, dass das Sozialministerium einen von den Wohlfahrtsverbänden gewünschten und von diesen zu verantwortenden Teil verhindert hat.
3. Der Landtag ist sehr besorgt über die Entwicklung am Arbeitsmarkt: Prekäre, befristete und unterbezahlte Beschäftigung breitet sich immer mehr aus und verdrängt normale Beschäftigungsverhältnisse, auf dem gesamten Arbeitsmarkt nimmt "Armut trotz Arbeit" zu.
 - a) Laut Landessozialbericht ist auch der hessische Arbeitsmarkt von der "Ausweitung instabiler Beschäftigungsverhältnisse" und "prekärer Beschäftigungsverhältnisse" gekennzeichnet (S. 159). Da das Arbeitsvolumen seit 2000/2001 sowohl in Deutschland als auch in Hessen eine fallende Tendenz aufweist, ist die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen nicht auf eine Ausweitung der Beschäftigung zurückzuführen, sondern auf die Aufspaltung vormaliger Vollzeitstellen in Mini-, Midi- und Teilzeitjobs.
 - b) Die Arbeit in diesen Jobs ist im Durchschnitt deutlich schlechter bezahlt als Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit. Deutschland nimmt bei der Zunahme von working poor in Europa zwischen 2004 und 2009 den Spitzenplatz ein. Das liegt aber nicht nur an der Ausweitung der instabilen und prekären Beschäftigung, sondern auch daran, dass "Armut trotz Arbeit" "die Breite des Arbeitsmarktes erfasst hat" (Untersuchung der Böckler-Stiftung, 23. Mai 2012). Die Folgen sind auch mehr Kinderarmut und eine zukünftig zunehmende Altersarmut.
4. Der Landtag weist daher entschieden die Aussage der Landesregierung zurück, diese "atypischen Beschäftigungsverhältnisse" stellen eine "wertvolle Hilfestellung" dar (S. 24). Diese Behauptung ist sachlich unrichtig und gegenüber den Betroffenen infam.
5. Der Landtag verurteilt, dass in den letzten 10 Jahren in Deutschland Politik für die Reichsten der Reichen gemacht wurde. Zwischen 2000 und 2010 ist in Deutschland das Real-Einkommen der oberen 5 v.H. der Bevölkerung um mehr als 23 v.H. gestiegen. Demgegenüber sind die Real-Einkommen der unteren 50 v.H. deutlich gesunken (Angaben nach DIW auf Basis der Daten SOEP).

6. Angesichts dessen bedauert der Landtag, dass die mit der Einkommensverbrauchsstichprobe (EVS) und dem Mikrozensus (MZ) im Hessischen Landessozialbericht verwendeten Datengrundlagen "Schwächen insbesondere im Nachweis sehr hoher Einkommen" aufweisen (S. 202, 216). Damit war die Ermittlung der Zunahme des Reichtums der oberen 5 v.H. und die Ermittlung der Zunahme der Ungleichverteilung nicht möglich. Bedauerlich ist auch, dass der Landessozialbericht nicht ermittelt, wie hoch die Real-Einkommensverluste der unteren 50 v.H. der hessischen Bevölkerung in den letzten 10 Jahren ausgefallen sind.
7. Mit Nachdruck weist der Landtag die Ideen einer "aktivierenden Sozialpolitik" (S. 3) zurück. Die darin enthaltene Unterstellung, Erwerbstätige und Erwerbslose seien passiv, zeugt von einer bewussten und bössartigen Fehlinterpretation der gesellschaftlichen Tatsachen. Die Zunahme der Arbeitsstellen in den letzten zehn Jahren ging ausschließlich auf das Konto unsicherer, niedrig entlohnter und nicht arbeitsfester Beschäftigungsformen: Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Mini- und Midi-Jobs, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung, unsichere Beschäftigungsverhältnisse von Scheinselbstständigen. Diese Entwicklung beweist, dass die Menschen jede Arbeit anzunehmen bereit sind. Sie müssen weder aktiviert noch motiviert werden.
8. Der Landtag plädiert für eine aktive Sozial- und Bildungspolitik in Kombination mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, gestützt auf eine aktive Einnahmepolitik im Bereich der Steuern, die auch die Sozialversicherung stärkt. Eine solche Politik gewährt keine Almosen, sondern bekämpft die Ursachen der Bedürftigkeit. Sie anerkennt und verwirklicht die sozialen Rechte als Menschenrechte. Mit einer an den skandinavischen Ländern orientierten Beschäftigungspolitik werden dazu in den Bereichen der Kranken- und Altenpflege sowie der frühkindlichen und der schulischen Betreuung sowie im Bildungsbereich deutlich mehr, aber auch sichere Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Damit werden nicht nur unsichere Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt, sondern auch Kinderarmut, Armut trotz Arbeit und Altersarmut wirksam bekämpft. Kernziele einer solchen aktiven Sozial-, Arbeitsmarkt- und Einnahmepolitik ist ein Mehr an individueller Freiheit, ein Mehr an sozialer Sicherheit und eine höhere Lebensqualität für die gesamte Bevölkerung. Kurz: "Wohlstand für alle".
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, "Wohlstand für alle" zum Ziel ihrer Politik zu machen.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Untersuchungsaufträge und die Handlungsempfehlungen der zukünftigen Landessozialberichte an diesem Ziel auszurichten. Die Empfehlungen des Beirats und der Wohlfahrtsverbände sind dabei zu berücksichtigen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 26. Juni 2012

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler